

Neunte Sitzung – Neuvième séance

Montag, 2. Oktober 1995, Nachmittag

Lundi 2 octobre 1995, après-midi

17.15 h

Vorsitz – Présidence: Kuchler Niklaus (C, OW)

Präsident: Ich hoffe gerne, dass Sie sich von der letzten, arbeitsreichen und vor allem medienträchtigen Woche erholt haben. Erholt hat sich bestimmt unser lieber Freund und Kollege Hubert Reymond, der gestern seinen Geburtstag feiern durfte. Ich gratuliere ihm herzlich! (*Beifall*)

95.037

Schweizer der ehemaligen belgischen Kolonien Kongo und Rwanda-Urundi. Sozialversicherung

Suisses du Congo belge et du Rwanda-Urundi. Sécurité sociale

Botschaft und Beschlusssentwürfe vom 24. Mai 1995 (BBl III 493)
Message et projets d'arrêté du 24 mai 1995 (FF III 485)

Beschluss des Nationalrates vom 27. September 1995
Décision du Conseil national du 27 septembre 1995

Antrag der Kommission

Eintreten

Proposition de la commission

Entrer en matière

Onken Thomas (S, TG), Berichterstatter: Gestützt auf den Bundesbeschluss vom 14. Dezember 1990 gewährt der Bund schweizerischen Staatsangehörigen, die seinerzeit Beiträge an die Sozialversicherungseinrichtungen der belgischen Kolonien Kongo und Rwanda-Urundi geleistet haben, heute jedoch von Belgien lediglich eine karge Rente auf dem Stand vom 30. Juni 1960 erhalten, eine Finanzhilfe. Während Belgien den eigenen Landsleuten eine Indexierung der Rentenleistung zugestand und diese Anpassung an die Lebenshaltungskosten später auch auf die Angehörigen der EU-Mitgliedstaaten ausdehnte, blieben Schweizer Bürgerinnen und Bürger in einer isolierten und von ihrer Altersvorsorge her oft desolaten Situation. Belgien hat sich der Schweiz gegenüber stets sehr abweisend gezeigt und ist auch nicht bereit, die Gleichbehandlung der schweizerischen Staatsangehörigen wenigstens mitzufinanzieren. Lakonisch wird darauf verwiesen, dass wir als Mitglied des EWR gleichgestellt gewesen wären, also selbst die Konsequenzen für unser Abseitsstehen zu tragen hätten.

Wie auch immer: Seit 1991 mildert unser Land die offensichtlichen Härten und leistet jenen älteren Landsleuten aus den ehemaligen belgischen Kolonien, die aufgrund der Umstände in Bedrängnis oder gar in Not geraten sind, finanzielle Hilfe. Aus dem 1990 bewilligten Verpflichtungskredit von 25 Millionen Franken sind an insgesamt 262 Anspruchsberechtigte ungefähr 19,6 Millionen Franken ausbezahlt worden, also rund 75 000 Franken pro Fall. Wie so oft offenbarte jedoch die Durchführung des Bundesbeschlusses aufgrund des wenig flexiblen Wortlauts seiner Bestimmungen gewisse Härten. Insbesondere führten die vorgesehenen Alterslimiten – Geburtsjahr 1929 und älter bei den Männern bzw. Geburtsjahr 1932 und älter bei den Frauen – zu starren Ausgrenzungen von der Hilfe, die als ungerecht empfunden werden mussten.

Das veranlasste unseren Ratskollegen Bruno Frick zu einer Motion, die wir im Ständerat als Postulat überwiesen haben und die den Bundesrat beauftragte, eine flexiblere und gerechtere Regelung vorzuschlagen. Der Bundesrat und namentlich der zuständige Bundesrat Cotti haben rasch und, was noch wichtiger ist, überlegt gehandelt, und sie legen uns mit diesen Bundesbeschlüssen eine bewegliche und vernunftvolle Lösung vor, die die einstimmige Unterstützung unserer Kommission gefunden hat.

Der Bundesrat verzichtet darauf, die Altersgrenze einfach zu senken, was ja nur zu neuen Härtefällen geführt hätte, sondern er hebt diese Limite nun ganz auf und konzentriert seine Leistungen in der verbleibenden Laufzeit des Bundesbeschlusses auf die tatsächlich Bedürftigen. Einen Beitrag soll nun erhalten, wer ein so bescheidenes Einkommen erzielt, dass das Dreifache des Grenzbetrages des Bundesgesetzes über die Ergänzungsleistungen zu AHV und IV nicht überstiegen wird, also rund 50 000 Franken für Alleinstehende und rund 75 000 Franken für Verheiratete. Die Hilfe wird also von nun an gezielter und bedürfnisgerechter ausgerichtet, was wir ausdrücklich begrüßen. Trotz dieser Flexibilisierung sind jedoch nicht mehr sehr viele Fälle zu erwarten, es geht nur noch um einzelne Mitbürgerinnen und Mitbürger, die unserer Solidarität besonders bedürfen. Ich finde es grossartig, dass wir diese notwendige Gesetzgebungsarbeit für einmal um eines solch kleinen und ausgewählten Kreises von Menschen willen in Gang gesetzt haben. Jedenfalls bedarf es keiner zusätzlichen Mittel. Mit dem bereits bewilligten und noch nicht ausgeschöpften Verpflichtungskredit ist bei weitem genügend finanzieller Spielraum vorhanden, um den zu erwartenden Einzelfällen – man rechnet mit rund 25 bis 40 Fällen – mit angemessener Grosszügigkeit Rechnung tragen zu können.

Unser Antrag lautet also auf Zustimmung zu den unveränderten Bundesbeschlüssen, auch zur vorgeschlagenen Verlängerung der Laufzeit um zwei Jahre bis zum 31. Dezember 1997, denn nur mit dieser Verlängerung ist ein geordneter Vollzug ohne Zeitdruck möglich.

Zwei Dinge bleiben jedoch noch anzumerken:

1. Dies ist ein Gesetz sui generis, es regelt einen speziellen, vielleicht sogar singulären Fall von sozialer Härte, aufgrund ganz besonderer geschichtlicher Ereignisse. Es soll damit aber mitnichten ein Präjudiz für möglicherweise vergleichbare Entwicklungen in anderen Ländern geschaffen werden oder gar für ähnliche Schwierigkeiten von Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern mit den Sozialversicherungseinrichtungen ihrer Residenzstaaten. Hier ist eine unmissverständliche Grenzziehung erforderlich: Wir können unmöglich in sämtliche Lücken einspringen und alle möglichen, alle denkbaren Risiken abdecken.

2. Gerade das Ausserordentliche dieser Hilfeleistung – in der Form und auch im Umfang –, die hier gewährt wird, sollte nun eigentlich auch die Organisationen der Betroffenen zur Einsicht und zum Einlenken bewegen. Der Verband für die soziale Verteidigung der Kongoschweizer hat zwar ganz unbestreitbar das Verdienst, auf die prekäre Situation und die soziale Notlage seiner Mitglieder aufmerksam gemacht zu haben und damit diese Hilfeleistung recht eigentlich erst ermöglicht zu haben. Er hat sich aber auf seinem Kreuzzug für die gerechte Sache zunehmend in der Tonlage und in den Mitteln vergriffen; und wenn diese Korrektur hier heute beschlossen wird, dann nicht wegen des Insistierens des Verbandes, sondern vielmehr trotz seiner Demarchen, die in einer Aufsichtseingabe an die GPK gipfelten, die von unsäglichen Vorwürfen an die Adresse des EDA nur so strotzt.

Diese schrillen Attacken haben es uns schwerer gemacht, dieser Vorlage zuzustimmen. Wir tun es aber, weil wir differenzieren und das kontraproduktive Vorgehen einzelner Exponenten dieses Verbandes von der Sache selbst, lies von der Notlage der Menschen, denen wir helfen wollen, trennen. Wir wissen überdies sehr wohl, dass die Art der Eingabe der Verbandsleitung keineswegs von allen Mitgliedern mitgetragen wird.

Aber wir haben auch festgehalten, und ich bin beauftragt, es hier unzweideutig zum Ausdruck zu bringen: bis hierher und

nicht weiter. Was zu tun war, ist getan worden. Wir sind nicht bereit, auf weiter gehende Begehren einzutreten. Was in guten Treuen an solidarischer Hilfestellung erwartet werden durfte, ist unseres Erachtens jetzt erbracht. Wir empfehlen der Verbandsleitung überdies, ihre Aufsichtseingabe gegen das EDA zurückzuziehen.

Damit beantrage ich im Namen der einstimmigen Kommission, auf die Vorlagen einzutreten und sie unverändert gutzuheissen.

Cotti Flavio, conseiller fédéral: Un certain nombre de nos compatriotes ont, en toute bonne foi, versé d'importantes contributions de sécurité sociale à l'ancien régime de sécurité sociale des employés du Congo belge et du Rwanda-Urundi. Mais ils ne perçoivent aujourd'hui, à titre de rente, sans qu'on puisse leur imputer quelque faute que ce soit, qu'une infime partie de leurs prestations, la rente octroyée par l'Etat belge ne s'élevant qu'à quelque 15 pour cent de la rente indexée correspondante servie aux ressortissants belges et à ceux de l'Union européenne.

La limite d'âge prévue dans l'arrêté fédéral du 14 décembre 1990 relatif aux revendications des Suisses du Congo belge et du Rwanda-Urundi en matière de sécurité sociale, que vous avez décidée, a, en outre, engendré un nombre tout à fait restreint de cas de rigueur. Pour réparer cette injustice, le nouveau projet d'arrêté fédéral qui résulte du postulat Frick (94.3445) prévoit l'abolition de la limite d'âge, tout en subordonnant dorénavant l'octroi d'une aide financière au critère du besoin. Il ne s'agit donc pas d'un élargissement sans limite compte tenu de l'âge des bénéficiaires, mais d'un élargissement fondé sur un critère spécifique qui est celui du besoin.

Cette aide, qui continuera à être octroyée sous la forme d'une indemnisation forfaitaire, sera servie à nos concitoyens peu fortunés, dont les revenus se situent au-dessous d'une limite supérieure de revenu, basée sur les valeurs établies par la loi fédérale sur les prestations complémentaires à l'assurance vieillesse, survivants et invalidité. L'aide sera donc, comme auparavant, basée sur les prestations versées par chacun des assurés.

J'ajoute que le Conseil fédéral est tout à fait d'accord avec les conditions que M. Onken a indiquées, au nom de la commission, c'est-à-dire que cette décision ne doit pas créer de précédent. Je tiens à signaler que, dans le passé, des situations analogues ont été réglées de manière différente par d'autres pays. C'est ainsi que la situation tout à fait comparable des ressortissants suisses en Algérie a été réglée par la France d'une manière bien plus généreuse.

J'en appelle donc, au nom du Conseil fédéral, à votre sentiment d'équité et de solidarité, pour que nos compatriotes qui n'ont pas pu être indemnisés en raison de la limite d'âge prévue par l'arrêté fédéral du 14 décembre 1990 puissent, eux aussi, recevoir cette aide nécessaire de la Confédération. Je répète que cette aide sera accordée à ceux qui se trouvent dans une situation financière difficile.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

A. Bundesbeschluss betreffend die Sozialversicherungsansprüche der Schweizer der ehemaligen belgischen Kolonien Kongo und Rwanda-Urundi

A. Arrêté fédéral relatif aux revendications des Suisses du Congo belge et du Rwanda-Urundi en matière de sécurité sociale

Gesamtberatung – Traitement global

**Titel und Ingress, Ziff. I, II
Titre et préambule, ch. I, II**

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
Für Annahme des Entwurfes

23 Stimmen
(Einstimmigkeit)

B. Bundesbeschluss über die Finanzhilfe, die den Schweizern gewährt wird, die Beiträge an die Sozialversicherungseinrichtungen der belgischen Kolonien Kongo und Rwanda-Urundi entrichtet haben

B. Arrêté fédéral sur l'aide financière allouée aux Suisses ayant cotisé aux régimes coloniaux de sécurité sociale du Congo belge et du Rwanda-Urundi

Gesamtberatung – Traitement global

**Titel und Ingress, Ziff. I, II
Titre et préambule, ch. I, II**

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
Für Annahme des Entwurfes

25 Stimmen
(Einstimmigkeit)

Abschreibung – Classement

Antrag des Bundesrates
Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse gemäss Brief an die eidgenössischen Räte
Proposition du Conseil fédéral
Classer les interventions parlementaires selon lettre aux Chambres fédérales

Angenommen – Adopté

An den Nationalrat – Au Conseil national

95.045

Schenkung des Centre William Rappard an die WTO. Finanzielle Konsequenzen Don du Centre William Rappard à l'OMC. Conséquences financières

Botschaft und Beschlussentwürfe vom 12. Juni 1995 (BBI III 1071)
Message et projets d'arrêté du 12 juin 1995 (FF III 1016)
Beschluss des Nationalrates vom 27. September 1995
Décision du Conseil national du 27 septembre 1995

Antrag der Kommission

Eintreten

Proposition de la commission

Entrer en matière

Cavadini Jean (L, NE), rapporteur: Avec la Commission de politique extérieure qui agit en procédure de corapport, la Commission des constructions publiques a étudié le projet du Conseil fédéral de transformer en don le solde des prêts consentis à la Fondation des immeubles pour les organisations internationales (Fipoi) pour le Centre William Rappard. Nous vous proposons d'entrer en matière.

Sur le plan technique, les aménagements qu'exigeait l'installation de l'Organisation mondiale du commerce ont déjà été examinés et acceptés. Nous ne nous prononçons aujourd'hui que sur deux nouveaux éléments:

1. Le premier a trait au don par la Fipoi à l'Organisation mondiale du commerce du bâtiment du Centre William Rappard, transaction dont nous devons prendre acte. La valeur est estimée à 56 millions de francs. En ce qui concerne la Confédération, elle avait consenti des prêts à la Fipoi en 1966, en 1971 et en 1974 pour l'acquisition et la rénovation du Centre William Rappard. Fin 1994, ce montant était très exactement de 31 501 766 millions de francs. On propose d'abandonner le prêt sous forme d'un don et d'amortir ce solde au compte

Schweizer der ehemaligen belgischen Kolonien Kongo und Ruanda-Urundi. Sozialversicherung

Suisses du Congo belge et du Rwanda-Urundi. Sécurité sociale

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1995
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	09
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	95.037
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	02.10.1995 - 17:15
Date	
Data	
Seite	963-964
Page	
Pagina	
Ref. No	20 026 358

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.